

Gesetz

betreffend Aenderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen.
Vom 7. September 1915.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Einziger Paragraph.

In dem Gesetz über den Absatz von Kalisalzen vom 25. Mai 1910 (Reichs-Gesetzbl. S. 775) wird

I. im § 17 Abs. 1 hinter den Worten „am 1. Januar 1912“ eingefügt:

mit Wirksamkeit bis zum 31. Dezember 1917;

II. im § 20 hinter Abs. 1 eingefügt:

Für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 31. März 1916 dürfen die Preise für das Inland

für Rohsalze mit 12 bis 15 Prozent K_2O in gemahlenem Zustande 11,5 Pfennig,

für Düngesalze mit 40 bis 42 Prozent K_2O 17,0 Pfennig, für 1 Prozent Kali (K_2O) im Doppelzentner nicht übersteigen;

III. im § 27 als Abs. 3 hinzugefügt:

Für das Rechnungsjahr 1915 wird die Abgabe außer Hebung gesetzt. Bereits erhobene Abgaben sind zu erstatten. Die zur Deckung der dem Reiche aus der Ausführung dieses Gesetzes und zur Hebung des Kalisalzjahres entstehenden Kosten sind für das Rechnungsjahr 1915 aus dem angesammelten Reservefonds zu decken.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 7. September 1915.

(L. S.)

Wilhelm.

Deßbrück.

Bekanntmachung

betreffend Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen. Vom 6. September 1915.

Auf Grund des § 51 des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen vom 25. Mai 1910 (Reichs-Gesetzbl. S. 775) und unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 1. Juli 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 241) hat der Bundesrat beschlossen:

Für die Salze der Gruppe I des § 20 des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen wird die Bestimmung der Ausgangsstation Mülhausen (Elsass) für den Frachtausgleich und die Frachtvergütung bis auf weiteres aufgehoben.

Berlin, den 6. September 1915.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Richter.

Bekanntmachung

wegen Aenderung der Bekanntmachung über die Sicherung der Alderbestellung vom 31. März 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 210). Vom 9. September 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1.

Im § 2 der Bekanntmachung über die Sicherung der Alderbestellung vom 31. März 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 210) — abgedruckt im Kreisbl. Nr. 33 vom 13. April 1915 — ist die Zahl „1915“ zu ersetzen durch „1916“.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 9. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,

Deßbrück.

Bekanntmachung.

Betr.: Aus- und Durchfuhrverbot.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnungen vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot 1. der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver usw., 2. der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangen, 3. der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln, 4. der Ausfuhr von Kraftfahrzeugen und von Mineralrohen, Steinkohlenteer und allen aus diesen hergestellten Oelen, 5. der Ausfuhr und Durchfuhr von Verband- und Arzneimitteln usw., 6. der Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen, bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

1. Es wird verboten die Aus- und Durchfuhr von:

a) Waren der Nummern 32, 60a und 60b, 71a, 72a, b, c, 73, 91a bis 94f, 97a bis 99, 130 bis 132, 141, 142, 143, 158,

160a bis 161, 166a bis 172 des Statistischen Warenverzeichnis, Weinen mit Heilmittelzusätzen der Nummer 184, Gemüch zubereiteten Nahrungsmittel, z. B. Marmosin, Somafose, Tropen, Bessin der Nr. 217, irländisches Moos (Berk., Carrageenmoos), der Nr. 68a des Statistischen Warenverzeichnis;

b) sämtlichen Waren des 2. Abschnitts des Zolltarifs (Mineralische und fossile Rohstoffe; Mineralöle);

c) sämtlichen Waren des 3. Abschnitts des Zolltarifs (zubereitetes Wachs, feste Fettäuren, Paraffin und ähnliche Kohlenstoffe, Dichte, Wachswaren, Seifen und andere unter Verwendung von Fetten, Ölen oder Wachs hergestellte Waren);

d) sämtlichen Waren des 4. Abschnitts des Zolltarifs (Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbstoffe).

II. Diese Bekanntmachung tritt an die Stelle aller bisherigen Bekanntmachungen, die dergleichen Rohstoffe und Erzeugnisse zum Gegenstande haben.

III. Das Verbot unter I erstreckt sich nicht auf folgende Waren und Nummern des Statistischen Warenverzeichnis:

Waren der Nummern 221 (außer Formierband) und 222, Kreide der Nummer 224c,

natürlichen kohlenartigen Kalk, Dolomit, gebrannten Kalk, gebrannten gelöschten Kalk, Kalkmörtel der Nummer 227a, Gips (schwebelastigen Kalk) der Nummer 228,

Waren der Nummern 229 bis 230b, Gestein (Kreolith, Grönlandit), natürlichen der Nr. 232d,

Waren der Nummern 233a bis 235b, sogenannte Neuburger Kieselkreide, Neuburger Kieselweiß der Nummer 225c,

Steinkohlenteer (dem alle als Heizöl verwandbaren Oele entzogen sein müssen) der Nummer 244b,

Waren der Nummern 280a, 281 und 282, Natriumessigsäure (Natriumacetat) der Nummer 307,

Kreide der Nummer 329a, Farben in Aufmachungen für den Kleinverkauf der Nr. 336a,

jedoch mit Ausnahme von Farben, die den Nummern 319 bis 321 angehören,

Waren der Nummern 336b, 337, 339 und 340 einschließlich der Tintenstifte,

Waren der Nummer 354, jedoch mit Ausnahme von Benzaldehyd, Anisaldehyd (Anisalin), Vanillin, Bromätherol,

Waren der Nummern 356a bis 358, jedoch mit Ausnahme von Zahnteife,

Waren der Nummer 371, Lederleim (Dautleim), Knochenleim der Nummer 375a,

Gelatine der Nummer 375b (mit Ausnahme der pflanzlichen Gelatine),

Waren der Nummer 376 mit Ausnahme der gefüllten Kapseln, Farbstoffe bis zu 20 Gramm.

Berlin, den 10. September 1915.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Richter.

Bekanntmachung

betreffend Aenderung der Verordnung vom 28. Juni 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Hafer (Reichs-Gesetzbl. S. 393). Vom 9. September 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1.

Der § 16 Abs. 2 der Verordnung vom 28. Juni 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Hafer (Reichs-Gesetzbl. S. 393) — abgedruckt im Kreisbl. Nr. 63 vom 20. Juli 1915 — erhält folgende Fassung:

„Jedoch dürfen die Kommunalverbände von den zu diesem Ausgleich bestimmten Mengen in besonderen Fällen unter entsprechender Kürzung der auf Einbuße oder Suchtbulen entfallenden Mengen auch an Besitzer von anderen Spann- und Suchtbulen Hafer abgeben und einzelnen Einbußen oder Suchtbulen größere Mengen Hafer zuweisen.“

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 9. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Deßbrück.

Bekanntmachung

zum Vollzuge der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 393). Vom 9. September 1915.

Der Bundesrat hat gemäß § 6 Abs. 2a und § 10 Abs. 2a der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom

28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 393) für die Halter von Buchbullen folgendes bestimmt:

1. zu § 6 Abs. 2 a:

Halter von Buchbullen dürfen durchschnittlich für den Tag und Bullen ein halbes Kilogramm Safer verfüttern;

2. zu § 10 Abs. 2 a:

Bei der Enteignung sind jedem Besitzer für jeden Buchbullen 185 Kilogramm Safer zu belassen.

Berlin, den 9. September 1915.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Richter.

Bekanntmachung

zur Erweiterung der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54).

Vom 3. September 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1.

In der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54) werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Der § 2 erhält in Nummer 1 folgende Fassung:

Personen, die solche Gegenstände in Gewahrsam haben, oder aus Anlaß ihres Handelsbetriebs oder sonst des Erwerbs wegen kaufen oder verkaufen;

2. im § 3 Abs. 2 wird hinter Nummer 5 eingefügt:

6. zu welchen Preisen die Gegenstände hergestellt oder angeschafft sind.

3. im § 4 wird das Wort „Vorratsräume“ durch „Räume“ ersetzt.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 3. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,

Delbrück.

Betr.: Verfügungsbeschränkungen für Steinkohlenteer.

Bezug: Gen.-Rdo. II c/B. 2909 und 3053.

Gemäß Rr. Min. Bg. Nr. 852/9. A 7 V, vom 9. 9. 15. werden die Teer-Verfügungsbeschränkungen Nr. 1305/3. 15. A 7 V und Nr. 654/4. 15. A 7 V auch für die Gasanstalten zu Wiesbaden, Fulda, Offenbach (Main) und die böhmischen Farbwerke aufgehoben, da das Reichsmarine-Min. von diesem Tage an Teer beschlagnahmt.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Betr.: Gesuche um Freigabe von Metall.

Das Generalkommando teilt mit, daß sämtliche Anträge, die sich auf Freigabe von Metall für Friedenszwecke beziehen, von nun an an die

Metall-Freigabestelle für Friedenszwecke,

Berlin, Sommerstraße 4 a

zu richten sind. Anträge auf Freigabe für unmittelbaren Heeresbedarf sind an die

Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Kriegsministeriums, Berlin, Berl. Hedemannstraße 10

zu senden.

Von Seiten des Generalkommandos.

Im Auftrage: M o o g, Oberstleutnant.

Nachtrags-Verordnung

zu der Bekanntmachung, betreffend Bestandserhebung und Beschlagnahme von Kautschuk (Gummi), Gutta-pera, Balata und Asbest sowie von Halb- und Fertigfabrikaten unter Verwendung dieser Rohstoffe.

(V. I. 663/6. 15. R. R. M.).

Nachstehende Nachtragsverordnung wird auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bezw. auf Grund des Bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß jede Uebertretung, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, nach § 6* der Bundesrats-

§ 6. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird, sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, bestraft:

1. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseite-schafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;

2. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;

3. wer den nach § 5 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

Verordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 357) bestraft wird.

Die in der genannten Verfügung in § 2 b unter IV genannten Gegenstände:

Klasse 9: Alte Autoreifen mit Nieten und ohne solche (gleichgültig, ob im ganzen oder zerschnitten),

Klasse 12: Luftschläuche, dunkel, schwimmend (gleichgültig, ob im ganzen oder zerschnitten),

Klasse 13: Luftschläuche, rot (gleichgültig, ob im ganzen oder zerschnitten),

Klasse 16: Gummiabfälle, schwimmend (gleichgültig, ob im ganzen oder zerschnitten),

sind auch dann meldepflichtig, wenn die unter § 5 der genannten Verfügung für diese Waren genannten Mindestmengen nicht erreicht werden. Sie dürfen ferner vom 18. September 1915 ab nur noch an die königliche Inspektion des Kraftfahrwesens in Berlin-Schöneberg, Fialafische Straße, oder deren durch schriftlichen Auftrag ausgewiesene Beauftragte verkauft oder geliefert werden. Die in Gummi- und Regenerierfabriken vorhandenen Bestände der vorbezeichneten Art dürfen verarbeitet werden. Im übrigen werden die obgenannten Gegenstände hiermit gemäß § 4 der Bundesratsverordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 beschlagnahmt.

Diese Bekanntmachung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Frankfurt (Main), den 17. September 1915.

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps.

Betr.: Ersatz des Petroleums durch Spiritusbefeuchtung.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Bezugnahme auf die abschriftlich nachstehenden Ausführungen aus einem Schreiben des Reichsamts des Innern empfehlen wir Ihnen, uns umgehend anzugeben, ob und welchen Bedarf an Spiritusbrennern Sie haben. Die Nebenbestandteile wie Fülltrumpf, Glühtrumpf, Docht, Zwischenstück mit Fülltrumpf, Zylinder und gegebenenfalls Glodenhalter sind im freien Handel zum Preise von etwa 1 Mark zu beziehen.

Die Reichsleitung hat die Bereitstellung hinreichender Mengen Spiritus gesichert und unter Gewährung einer größeren Garantiesumme die Gründung einer „Spiritus-Glühlicht-Kriegs-Gesellschaft m. b. H.“ mit dem Sitz in Berlin, Leipziger Straße 2, veranlaßt. Der Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung Deutschlands mit Kleinbefeuchtungsmitteln für Spiritus-Glühlicht, insbesondere der Vertrieb von Spiritusbrennern für Kleinbefeuchtungszwecke. Die Gesellschaft wird einen Spiritusbrenner einschließlich Docht zum Kleinhandelspreise von 4 Mark vertreiben. Um aber die Verwendung von Spiritus an Stelle von Petroleum nach Möglichkeit zu steigern, werden Behörden und Kommunen diesen Brenner einschließlich Docht zu einem Preise von 3 Mark bei Bestellungen von mindestens 40 Stück freischaffen nach allen Stationen des Reichs unter der Verpflichtung erhalten, den Brenner einschließlich Docht mit 4 Mark abzugeben. Eine solche Verpflichtung ist notwendig, damit nicht dem eigenen Vertrieb der Gesellschaft eine unzulässige Konkurrenz gemacht und Groß- und Kleinhandel vollständig ausgeschaltet werden. Durch den billigeren Bezugspreis sollen die Behörden und Kommunen andererseits in die Lage versetzt werden, minderbemittelten Teilen der Bevölkerung Brenner mietweise oder zur allmählichen Amortisation zu überlassen und die dabei entstehenden Verluste durch den Unterschied zwischen Verkaufs- und Bezugspreis der übrigen Brenner auszugleichen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, das Verpackungsmaterial zum berechneten Preise bei freier Rücksendung zurückzunehmen.

Zusätzliche aber empfiehlt sich die Verwendung der Spiritusbefeuchtung im eigenen Betriebe von Kommunalbehörden. Der bei der Reichsleitung angemeldete Petroleumbedarf der Behörden deckt sich im wesentlichen mit der von ihr angenommenen Schätzung. Er zeigt aber auf der anderen Seite, daß eine wesentliche Ersparnis an Petroleum im behördlichen Verbräuche noch nicht eingetreten ist. Es ist dringend erwünscht, diesen Bedarf in Höhe von etwa 30 000 Tonnen Petroleum insbesondere auch durch Einführung der Spiritusbefeuchtung herabzumindern, damit die Petroleumlichtquelle als die billigste den ärmeren Schichten der Bevölkerung in weitestmöglichem Umfang zur Verfügung gestellt werden kann. Wie große Ersparnisse sich auch bei der Petroleumbeleuchtung erreichen lassen, beweisen die Maßnahmen der Preussisch-Preussischen Eisenbahnverwaltung, die ihren Bedarf um nicht weniger als 72 Prozent herabgesetzt hat. Könnte eine derartige Beschränkung auch nur annähernd bei den übrigen Verwaltungen erreicht werden, so würden etwa 20 000 Tonnen Petroleum für die Heimarbeit und für landwirtschaftliche Zwecke freigemacht werden können. Dieses Ziel muß im Interesse unserer gesamten Zivilbevölkerung von allen Verwaltungen mit aller Energie erstrbt werden.

Gießen, den 16. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. A s i n g e r.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Vollerfrüchten und daraus gewonnenen Produkten.

Zum Ankauf der von dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette G. m. b. H., Berlin W. 8, Kanonierstraße 29/30, zu erwerbenden Vollerfrüchten sind beauftragt worden:

1. die Zentral-Genossenschaft der hess. landwirtschaftlichen Konsumvereine, e. G. m. b. H., Darmstadt;
2. die Gebrüder Altschäfer, Weinheim (Baden).

Diese Firmen und deren Beauftragte, die sich auf Verlangen auszuweisen haben, sind berechtigt, im Kreise Gießen, die für den gen. Kriegsausschuß zu liefernden Vollerfrüchten aufzukaufen und zu empfangen.

Gießen, den 11. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Sechler.

Betr.: Wie oben.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist auf ortsübliche Weise zur Kenntnis der Interessenten zu bringen.

Gießen, den 11. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Sechler.

Bekanntmachung.

Betr.: Regelung des Verkehrs mit Hafer.

Erläuternd und ergänzend zu den im Kreisblatt Nr. 63 vom 20. Juli 1915 abgedruckten Bekanntmachungen über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 28. Juni 1915 und 16. Juli 1915 wird bemerkt:

Die erwähnte Bundesratsverordnung bezieht sich nur auf den Hafer neuer Ernte. Etwa noch vorhandene Vorräte von Hafer aus der alten Ernte sind nicht etwa in das Eigentum von Privaten übergegangen, sondern zugunsten des Kommunalverbandes beschlagnahmt.

Der Beschlagnahme unterworfen sind auch solche Gemenge, bei denen Hafer mit anderen Getreidearten (Weizen, Roggen) oder mit Hülsenfrüchten (Mischfrucht) zusammen gewachsen ist. Die Mischfrucht kann jedoch als Grünfutter verwendet werden. Hülsenfrüchte dürfen aus ihr ausgefondert werden. Dagegen gelten künstliche Gemenge, d. h. solche Gemenge, die durch nachträgliche Vermischung des Hafers mit anderen Brotgetreide, Hülsenfrüchten usw. entstanden sind, ohne weiteres als beschlagnahmt, weil der beschlagnahmte Hafer durch die Vermischung nicht frei wird.

Auch das Stroh unterliegt so lange der Beschlagnahme, als der Hafer nicht ausgedroschen ist.

Anspruch auf Hafer zum Verfüttern haben lediglich die Halter von Einhufern und von Zuchtbullen. Bis auf weiteres dürfen an einen Einhufer 3 Pfund und an einen Zuchtbullen 1 Pfund Hafer täglich verfüttert werden. Aus den für einen Einhufer bestimmten Rationen darf ihr Besitzer Hafer auch an sein übriges Vieh abgeben. Es ist jedoch nicht zulässig, daß hierdurch die feinen Einhufern grundsätzlich zutreffenden Futtermengen überschritten werden. Von den den Einhufern und den Zuchtbullen in der Gemeinde insgesamt zutreffenden Mengen kann in Fällen besonderer Bedürfnisse auch an Spanntiere (z. B. Zugochsen, Kühe, Lämmer, Eber, Ziegenböcke usw.) an anderen Besitzern Hafer abgegeben werden. Ob ein Bedürfnis hierzu vorliegt, hat der Gemeinderat zu entscheiden, der dann anzuordnen hat, in welcher Weise die den Einhufern und Zuchtbullen zutreffenden Rationen gekürzt und wieviel den anderen Tieren zugewiesen werden soll.

Bezüglich der Versorgung solcher Einhufer und Zuchtbullen, deren Besitzer oder Halter nicht über Haferbestände verfügen, verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren, wonach die letzteren sich wegen Zuweisung der zulässigen Hafermenge an die zuständige Bürgermeisterie zur Veranlassung des weiteren zu wenden haben.

Gießen, den 15. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Sechler.

Betr.: Wie oben.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Die vorstehende Bekanntmachung wollen Sie auf ortsübliche Weise zur Kenntnis der Beteiligten bringen, sowie sich die erforderliche Zuweisung an Hafer angelegen sein lassen, und zwar insoweit erforderlich, unter Inanspruchnahme der Gemeindevertretung.

Gießen, den 15. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Sechler.

Öffentliche Aufforderung.

Betr.: Den Verkehr mit Hülsenfrüchten.

Unter Hinweis auf die im Kreisblatt Nr. 77 vom 3. September 1. J. abgedruckte Bekanntmachung über den Verkehr mit Hülsenfrüchten fordern wir hiermit alle Beteiligten auf, die nach den §§ 2 und 3 dieser Bekanntmachung vorgeschriebenen Anzeigen vollständig und rechtzeitig bis zum 5. Oktober 1915 bei uns einzureichen.

Dabei machen wir ausdrücklich auf den § 12 Ziff. 2 der Bekanntmachung aufmerksam, wonach mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark bestraft wird, wer die vorgeschriebene Anzeige nicht bis zu dem angegebenen Tage erstattet oder wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht hat.

Gießen, den 10. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Sechler.

Betr.: Den Monatsbedarf der Landgemeinden an Mehl.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir ermahnen daran, daß die Zahl der Brotempfänger, sowie der Zulassungsempfänger für den kommenden Monat bis zum 20. 1. Mts. dem Kommunalverband (Mehlverteilungsstelle) angegeben sein muß.

Gießen, den 15. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Sechler.

Betr.: Ueberwachung der Gasthäuser usw.

An das Großh. Polizeiamt Gießen, die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden und die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Es ist zur Kenntnis des Generalkommandos gebracht worden, daß vielfach die vorgeschriebenen Eintragungen in die Fremdenbücher der Gasthöfe und Pensionen teils überhaupt nicht, teils mangelhaft und ungenau erfolgen.

Da die Führung der Fremdenbücher eine wichtige Grundlage für die Ueberwachung verdächtiger Personen bildet, ist auf sorgfältige Beachtung der Bestimmungen der Art. 82 und 84 des Polizeistraßengesetzes hinzuwirken.

Verfehlungen sind zur Anzeige zu bringen.

Gießen, den 14. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Sechler.

Bekanntmachung.

Im Auftrage Großh. Ministeriums des Innern bringen wir nachstehende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntnis.

Gießen, den 15. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

betreffend die Ausprägung von Fünfspennigstücken aus Eisen.

Vom 26. August 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 507) für die Ausprägung von Nickel- und Kupfermünzen bestimmten Grenze Fünfspennigstücke aus Eisen bis zur Höhe von 5 Millionen Mark herstellen zu lassen. Im übrigen finden auf diese Münzen die für die Fünfspennigstücke aus Nickel geltenden Vorschriften mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung:

a) die Fünfspennigstücke aus Eisen sind im gerippten Ringe zu prägen;

b) sie tragen auf der Schriftseite über der Zahl „5“ die Umschrift „Deutsches Reich“ und unter dieser Zahl das Wort „Pfennig“ in wagerechter Stellung, darunter die Jahreszahl.

§ 2. Die Fünfspennigstücke aus Eisen sind spätestens 2 Jahre nach Friedensschluß außer Kurs zu setzen. Die hierzu erforderlichen Bestimmungen erläßt der Bundesrat.

Berlin, den 26. August 1915.

Der Reichskanzler.

von Bethmann Hollweg.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche vom 31. August d. J. als verseucht zu gelten haben:

1. Im Großherzogtum die Kreise Darmstadt, Bensheim, Dieburg, Groß-Gerau, Heppenheim, Offenbach, Gießen, Alsfeld, Balingen, Friedberg, Lauterbach, Schotten, Mainz, Alzen, Vödingen, Oppenheim, Worms.
2. Im Reichsgebiet die Bezirke Königsberg, Gumbinnen, Marienburg, Danzig, Marienwerder, Potsdam, Frankfurt, Stettin, Rast-

lin. Straßburg, Bosen, Brönberg, Breslau, Biegnis, Oppeln, Magdeburg, Merseburg, Erfurt, Schleswig, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück, Aurich, Münster, Minden, Arnberg, Kassel, Wiesbaden, Koblenz, Düsseldorf, Köln, Trier, Aachen, Sigmaringen, Oberbayern, Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Bayern, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Regensburg, Schwarzwaldfreis, Jagstkreis, Donaufreis, Konstanz, Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Neckarburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck in Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß i. L., Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen, Hamburg, Unterelsaß, Oberelsaß, Lothringen.

Gießen, den 14. September 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B. Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im Kreise Alsfeld. In Homberg ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Gemarkungssperre wurde angeordnet.
Gießen, den 13. September 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B. Hemmerde.

Bekanntmachung.

Nachstehende Bekanntmachung bringen wir zur öffentlichen Kenntnis.
Gießen, den 15. September 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B. Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Rechtsmittel gegen die Gemeindesteuerveranlagung für 1915. Auf Grund der Artikel 46 und 50 des G.U.G. vom 8. Juli 1911 hat Großh. Ministerium der Finanzen Abteilung für Steuerwesen die Frist, innerhalb deren Rechtsmittel gegen die Gemeindesteuerveranlagung für 1915 bei der ersten Instanz anhängig gemacht werden können, für die unterzeichneten Gemeinden bis zu dem dort angegebenen Tag einschließlich erstreckt.
Ausgenommen von der Fristerstreckung sind diejenigen Rechtsmittel, die das für die staatliche Veranlagung bereits festgestellte Einkommen zum Gegenstand haben.
Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Buxbach, den 10. September 1915.
Großherzogliches Finanzamt Buxbach.
F. H. H.

Letzter Tag der Frist: Gemeinde Eberstadt 22. September 1915; Gemeinde Holzheim 22. September 1915; Gemeinde Ober-Hörgern 23. September 1915.

Dienstnachrichten des Großh. Kreisamts Gießen.

Dem Verein für Bad Mergentheim, e. V., ist die Ausgabe einer in 2 Reihen, am 4. Oktober und 4. Dezember 1915, zu spielenden Geldlotterie von 120 000 Losen à 2 Mark, und durch Großh. Ministerium des Innern der Vertrieb von 6000 Losen im Großherzogtum gestattet worden. Zum Vertrieb in dessen dürfen nur mit dem heftigen Zulassungssiegel versehene Lose gelangen.

Bekanntmachung.

Betr.: Sonntagsruhe in den Apotheken. Wir bringen zur öffentlichen Kenntnis, daß von Sonntag, den 19. I. Mts., nachmittags 3 Uhr, bis Montag, den 20. I. Mts., früh, nur die Pelikanapothek geöffnet ist.
Gießen, den 16. September 1915.
Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Hemmerde.

Bekanntmachung.

Die von uns am 6. I. Mts. angeordnete Sperre der Bischofsstraße zwischen Südbau- und Stephanstraße und der Allee zwischen Frankfurter Straße und Ludwigstraße wird hiermit aufgehoben.
Gießen, den 16. September 1915.
Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Hemmerde.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 1. bis 15. I. Mts. wurden in hiesiger Stadt gefunden: 2 Zwicker (darunter 1 goldener), 2 neue Waschlappen, 3 Portemonnaies mit Inhalt, 1 Damenhandbeutel mit Inhalt, 1 goldener Ring, 1 Kinderhandtäschchen, 1 silb. Ring mit Gravierung H. S., Geld; verloren: 1 Tula-Armband, 1 gold. Uhranhänger, 2 Portemonnaies mit Inhalt, 1 Brustbeutel mit Inhalt, 1 silb. Herrenkette mit Kette, 1 gold. Armband, 1 gold. Brosche mit Photographie, 1 gold. Ring mit Stein, 1 graue Herren-

Krawatte, 1 gold. Kettenarmband, 1 Brosche (Monogramm auf einer schwarzen Schleife v. F.). Entlaufen; 1 brauner Dackelhund.
Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände belieben ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.
Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachmittags bei unterzeichneter Behörde, Zimmer Nr. 1, erfolgen.
Gießen, den 16. September 1915.
Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Hemmerde.

Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

36. Woche. Vom 29. August bis 4. September 1915.
Einwohnerzahl: angenommen zu 32 900 (inkl. 1600 Mann Militär).
Sterblichkeitsziffer: 17,8 ‰.
Nach Abzug von 7 Ortsfremden: 6,32 ‰.

Es starben an	Jug.	Erwachsene	mit 1. Lebensjahr	Rinder vom 2. bis 15. Jahr
Angeborener Lebensschwäche	1 (1)	—	1 (1)	—
Kindbettfieber	1 (1)	1 (1)	—	—
Miliartuberkulose	1 (1)	1 (1)	—	—
Gehirnschlag	1	1	—	—
anderen Krankheiten des Nervensystems	1	—	1	—
anderen Krankheiten der Verdauungsorgane	3 (2)	2 (1)	—	1 (1)
Krankheiten der Harnorgane	1 (1)	1 (1)	—	—
verschiedenen Neubildungen	1	1	—	—
anderer Todesursache	1 (1)	—	1 (1)	—
Summa:	11 (7)	7 (4)	3 (2)	1 (1)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Märkte.

1. Frankfurt a. M. Viehhofmarktbericht vom 16. Sept. Auftrieb: Rinder 416 (Ochsen 18, Bullen 6, Kühe und Färsen 392), Kälber 880, Schafe 286, Schweine 184.

Marktverkauf: Kälber und Schafe werden bei lebhaftem Handel geräumt. Am Schweinemarkt gedrückter Geschäftsgang und etwas Ueberstand.

	Kälber.	Mt.	Mt.
Feinste Mastkälber	82—86	137—143	
Mittlere Mast- und beste Saugkälber	78—82	128—137	
Geringere Mast- und gute Saugkälber	70—76	119—129	
Geringe Saugkälber	64—70	108—119	

	Schafe.	Mt.	Mt.
Widdermastschafe:			
Mastlamm und Masthammel	59—60	128—130	
Geringere Masthammel und Schafe	48—50	116—120	
Ältere Masthammel, gut genährte junge Schafe und geringere Mastlamm	00—00	00—00	
Mäßig genährte Hammel u. Schafe (Märzschafe)	00—00	00—00	

	Schweine.	Mt.	Mt.
Vollfleischige Schweine von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	148.00—152.50	185.00—190.00	
Vollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgewicht	140.00—150.00	170—180,00	
Vollfleischige Schweine von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	148.00—152.50	185.00—190.00	
Vollfleischige Schweine von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	148.00—152.50	185.00—190.00	

Wegen der israelitischen Feiertage sind die Rinder- und Kälbermärkte von Donnerstag, den 23. und 30. September, auf Mittwoch, den 22., bzw. 29. September, verlegt worden.

1. Frankfurt a. M., 16. Sept. Auf dem heutigen Heu- und Strohmarkt war nichts angefahren.

1. Frankfurt a. M., 16. Sept. Kartoffelmarkt. Wetterauer Speisekartoffeln 7,00—7,10 Mt. ab Station, Industriekartoffeln 7,40—7,60 Mt. ab den nassauischen Stationen. Alles für 100 Kilo.

1. Wiesbaden, 16. Sept. Heu- und Strohmarkt. Bezahlt wurde für Heu (neues) 6,50 Mt. bis 7,50 Mt. Stroh (Richtstroh) 2,80—3,00 Mt., Krummstroh 0,00—0,00 Mt. Alles für 50 Kilo. Bei lebhafter Nachfrage wurde bald die Anfuhr abgelehnt.

Drucksachen aller Art

liefert in jeder gewünschten Ausstattung preiswert die
Brühl'sche Universitäts-Druckerei, Schulstr. 7